

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 7

Artikel: Das sozialistische Biel : Randbemerkungen zu den letzten Gemeindewahlen
Autor: Müller, Guido
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329968>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das sozialistische Biel.

Randbemerkungen zu den letzten Gemeindewahlen.

Von Dr. Guido Müller, Stadtpräsident.

I.

Nicht nur einer Regierung, auch einem Stadt- oder Gemeinderat kann es zustoßen, daß er über der Durchführung eines Programms zu Fall kommt, auf Grund dessen er gewählt worden war. Umgekehrt kann der Ausgang der Bieler Gemeindewahlen sowohl als Quittung für eingelöste Wahlversprechen wie als Kreditbrief auf das von der Sozialdemokratischen Partei vorgelegte neue Tätigkeitsprogramm gedeutet werden. Während wir im (Kleinen) Gemeinderat mit fünf Mitgliedern von neun den alten Besitzstand wahrten — wir sind nur mit den fünf bisherigen Vertretern ins Feld gezogen —, erhielten wir im (Großen) Stadtrat von 60 Sitzen 34 (bisher waren es 31), wogegen die vereinigten Freisinnigen, Gewerbler und Bauern von 27 auf 23 Sitze zurückfielen. Die neuen auf den Plan getretenen konfessionellen Parteien ziehen mit drei Mann, nämlich zwei Katholiken und einem Evangelischen, in den Ratssaal ein. Da sie sich bei grundsätzlichen Entscheidungen wohl zu den andern bürgerlichen Vertretern schlagen werden, so steht der einheitlichen sozialdemokratischen Mehrheit ein ziemlich buntscheckiges Minderheitsgemisch von 26 Mann gegenüber. Wenn man sich dazu noch vergegenwärtigt, daß die beiden großen Fraktionen sich in eine deutsche und eine welsche Gruppe spalten, so haben wir das Bild der auf neue vier Jahre gewählten stadträtlichen Volksvertretung.

Als wir vor acht Jahren unter den bekannten bösen Verhältnissen die Gemeindeverwaltung übernahmen, tröstete sich das unterlegene Bürgertum mit dem Gedanken, daß wir als unfähige Neulinge sehr bald abgewirtschaftet haben würden. Heute, wo sich die Tatsache, daß wir die zusammenbrechende Gemeinde gestützt, in Haushalt und Verwaltung wieder Ordnung gebracht haben, einfach nicht wegdisputieren läßt, verschanzt sich der Gegner hinter der knabenhaften Ausrede, daß uns das Ding nur dank der Anwendung «bewährter bürgerlicher Verwaltungsregeln» gelungen sei.

II.

Die Plattform, von der aus die Sozialdemokratische Partei den Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien führte, bildete das nachstehende *Tätigkeitsprogramm*:

1. *Straßen und Kanalisation.* Fortsetzung des Straßen- und Trottoirumbaus, Asphaltierung der Haupt- und Geschäftsstraßen. Wirksame Bekämpfung der Staubplage, bessere

Straßenreinigung und Kehrtafelabfuhr. Ausbau der Kanalisationsanlagen.

2. *Verschönerung des Stadtbildes*, Ausgestaltung der bestehenden und Schaffung neuer Grün- und Parkanlagen.
3. *Umbau und Neueinrichtung des Gaswerkes* zu einer modernen, leistungsfähigen Anlage. *Durchgreifende Revision der Tarife für Gas, Wasser, Licht- und Kraftstrom*.
4. *Verkehrspolitik*. Schaffung vermehrter Verkehrsgelegenheiten durch den Omnibusdienst und die Verbesserung des Straßenbahnbetriebes. Entwicklung des Dampfschiffverkehrs, neue Hafenanlage.
5. *Heranziehung neuer Industriezweige, Förderung des Fremdenverkehrs*. Unterstützung der Bestrebungen für den Bau eines neuen Hotels, für ein Volkshaus, für einen Kongreß- und Konzertsaal.
6. *Boden- und Wohnungspolitik*. Vermehrung des städtischen Grundbesitzes, Bereitstellung von billigem Bauland, Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, Sanierung der Wohnungsverhältnisse.
7. *Errichtung eines Strandbades*.
8. *Errichtung eines großen Sport- und Spielplatzes (Stadion)*, Bau einer neuen Turnhalle.
9. *Schul- und Bildungswesen*. Durchgreifende Neuordnung des Schulwesens. Ausgestaltung des Handfertigkeits- und Haushaltungsunterrichtes. Unentgeltliche Abgabe aller Schulmaterialien. Förderung der Berufsbildung. Schulhaus-Neubau.
10. *Sozialpolitik*. Gründung von Kinderkrippen, Jugendhorten, Ausbau der Ferienkolonien, Schülerwanderungen. — Einführung der obligatorischen Krankenversicherung. Unentgeltliche Geburtshilfe. Ausrichtung von Altersunterstützungen, Förderung der Altersversicherung. Tuberkulosenfürsorge.

Es ist kein vollständiges, wohlabgerundetes kommunalpolitisches Programm, das wir den Wählern vorsetzen. Solche Programme fehlen nicht. Aber je schöner sie auf dem Papier stehen, desto ärger werden sie gewöhnlich von der Wirklichkeit verbeult. Denn: Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Mehr als schöne Worte gilt die Tat. Das bloße Versprechen ist nichts, die Erfüllung alles. Deshalb enthielten wir uns der Aufstellung allzu weit gespannter Ziele und beschränkten uns auf das, was mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln im Laufe der vier nächsten Jahre in Angriff genommen und zu einem guten Ende geführt werden kann. In dieser Beschränkung scheint mir auch die beste Gewähr für die Erfüllung des Versprochenen zu liegen.

III.

Aber überschätzen wir mit diesem Tätigkeitsprogramm nicht schon die finanzielle Kraft der Gemeinde? Was wird da aus dem lang ersehnten Steuer- und Tarifabbau? Jetzt, wo das Budget der Stadt Biel sich wieder im Gleichgewicht, ja in einem Uebergleichgewicht befindet, indem die Einnahmen die Ausgaben andauernd übersteigen und nachdem auch die Defizite der Kriegs- und Krisenjahre 1914 bis 1921 getilgt sind, ist da nicht endlich der Zeitpunkt gekommen, den mit Abgaben überlasteten Gemeindeglieder zu entbürden?

Die Antwort auf diese ganz gewiß nicht unberechtigte Frage lautete: Niemand, dem unser Gemeinwesen am Herzen liegt, der sich ihm verbunden fühlt, kann eine Unterbrechung des erst begonnenen Auf- und Ausbaues wünschen, denn noch zu viele Aufgaben drängen nach baldiger Lösung. Das heißt aber nicht, daß nun jede Erleichterung der Gemeindelasten unterbleiben müsse. Es kommt alles auf das Maß an. Wir sind der Meinung, daß die Tarife für das Gas und den Lichtstrom herabgesetzt werden sollen, weil dabei jede Haushaltung, auch die kleinste, der Erleichterung teilhaftig wird. Nicht so bei einer Ermäßigung des Steuerfußes, die vor allem die Leute mit hohem Einkommen und großem Vermögen entlastet. Wir haben ausgerechnet, daß bei einer Senkung des Steuerfußes um 10 Prozent vier Fünftel aller Erwerbssteuerpflichtigen so gut wie leer ausgingen. Unser Bestreben muß darum vor allem dahin gerichtet sein, die indirekte Besteuerung, wie sie in den Gas- und Elektrizitätstarifen enthalten ist, zu mildern. Denn die indirekte Steuer ist die ungerechteste aller Steuern, weil sie ohne Unterschied arm und reich trifft, den Ueberfluß schont und den Mangel belastet. Eine Ermäßigung der immerhin mehr oder weniger nach der Leistungsfähigkeit abgestuften Einkommenssteuer kann daher erst als zweites in Betracht gezogen werden. Denn einen Steuer- und Tarifabbau auf der ganzen Linie, wie er von einem Teil unserer bürgerlichen Gegner aus durchsichtigen Gründen gefordert wird, müssen wir ablehnen, weil er nur möglich wäre unter Gefährdung des Budgetgleichgewichtes und damit unter Verzicht auf die Lösung wichtiger Aufgaben auf sozialem und kulturellem Gebiet. Das Opfer einer derartigen hemmungslosen Abbaupolitik wären gerade diejenigen Schichten der Bevölkerung, deren Interesse in erster Linie wahrzunehmen die Sozialdemokratische Partei berufen und bestellt ist. — Fürwahr, das Geheimnis unserer Erfolge beruht in der Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten und der Erhaltung des Gleichgewichtes zwischen Ausgaben und Einnahmen. Eine fortschrittliche Gemeindepolitik ist auf die Dauer nur möglich, wenn sie sich auf ein ausgeglichenes Budget stützen kann.

Da der Steueransatz durch das Budget bestimmt wird, über welches gleichzeitig mit den Neuwahlen zu entscheiden war, so kann man sich denken, daß das Ergebnis der Abstimmung mit etwelcher Spannung erwartet wurde. Denn dem Budget kam diesmal soviel wie programmatische Bedeutung zu, insofern als der Bürger durch das in die Urne gelegte Ja oder Nein gleichsam seine Einstellung zu der bisher befolgten wie zu der durch das sozialdemokratische Arbeitsprogramm vorgezeichneten zukünftigen Finanzpolitik der Gemeinde bekundete.

Das Budget wurde mit 4982 gegen 1327 Stimmen angenommen. Indem sie entschlossen auf den Augenblicksvorteil einer verfrühten Steuererleichterung verzichteten, um dafür der Gemeinde die Mittel zur Erfüllung ihrer Zukunftsaufgaben zu erhalten, stellten sich die Stimmberechtigten und namentlich die Arbeiterschaft ein ehrendes politisches Reifezeugnis aus. Die Genugtuung, die unsere Partei über den Erfolg ihrer geradlinigen Politik empfand, war um so größer, als die zwiespältige und zweideutige Haltung der Freisinnigen Partei gegenüber dem Budget sich noch ganz besonders darin offenbarte, als sie einen Vertreter in den Gemeinderat, also in die zur Vollziehung des Budgets bestellte Behörde, entsandte, der mit ausgesuchter Demagogie den Steuerabbau erzwingen und das Budget zu Fall bringen wollte.

IV.

Daß eine in sich von starken Interessengegensätzen gespaltene und von persönlichen Zwistigkeiten geschüttelte und zerüttete Partei weder Ziel noch Plan besitzt, kann niemand wundernehmen. Wahrscheinlich als Ersatzhandlung war gedacht, was man sich dafür auf jener Seite im Wahlkampf an unsachlicher Kritik, verdächtigender Verketzerung bis zur wissentlich falschen Anschuldigung leistete. Ein Beispiel für viele. In einer Art sentimentaler Anwandlung und hauptsächlich, weil sie bei der damals herrschenden Volksstimmung nicht anders konnte und das Gesicht wahren wollte, hatte die Freisinnige Partei seinerzeit einem von der Gemeinde kräftig unterstützten Siedlungsprojekt für kinderreiche Familien beigepflichtet. Das hat nun dieselbe Partei nicht gehindert, vor den Wahlen die sozialdemokratischen Behörden der Verschleuderung öffentlicher Gelder zu bezichtigen, weil sie fortfahren, sich der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse anzunehmen und den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Sie stellte sich im Wahlkampf unbedenklich auf die Seite jener Leute, die das Wohnungselend womöglich verewigen möchten, weil sie dieses Elend zu einem arbeitslosen Renteneinkommen auszumünzen verstehen. Sie ging so weit, in ihrer Wahlzeitung die genannte Wohnkolonie als ein Stück kommunistischer Zellenbildung zu

bezeichnen, durch die der Wohnfriede des ordnungsliebenden Teiles der Bevölkerung gestört, von wo aus der politische und gesellschaftliche Zerstörungsprozeß eingeleitet werde. — Unbemittelten Familien mit großer Kinderzahl zu einem halbwegs anständigen Obdach verhelfen, das nennen die Bieler Freisinnleute die Grundlagen der Gesellschaft untergraben!

Angesichts einer solchen, geradewegs kulturwidrigen Einstellung zum Wohnungsproblem können wir im offiziellen Bieler Freisinn nichts anderes mehr als eine mit liberalen Sonntagsprüchen bemalte Fassade erblicken, hinter der sich ein ganzer Rattenkönig von rückschrittlicher, unsozialer Gesinnung verbirgt. Die hinter dieser Fassade agierenden Drahtzieher möchten die Gemeinde am liebsten auf die Nachtwächterrolle von ehedem zurückwerfen. Ihnen geht jedes Verständnis ab für das, was den wahren Begriff des Gemeinwesens ausmacht, die der Gemeinde erlaubte Tätigkeit erschöpft sich ihnen in der Rolle des Polizisten, des Armenpflegers, des Schulmeisters — alles in des Wortes engster und üblen Bedeutung. Etwa daß sie der Gemeinde außerdem noch zugestehen, profitable Lieferungen und Arbeiten zu vergeben; was darüber hinausgreift, betrachten sie als Raub an der Privatwirtschaft, als überflüssig und schädlich.

Es gibt halt, und das trotz den unterschiedlichsten Benennungen, im Grunde genommen nur zwei Parteien, in Biel wie anderswo: Die eine betrachtet ihre Aufgabe darin, den Fortschritt zu fördern, die andere, sich ihm zu widersetzen.

V.

So sehr wir uns über den glücklichen Wahlausgang freuen dürfen, so wollen wir uns durchaus nicht verhehlen, daß die Zerfahrenheit im gegnerischen Lager, verbunden mit der unedlen, jedes Sportgeistes baren Kampfweise, die sich an ihren Urhebern selber rächen mußte, viel zu unserem Erfolg beigetragen hat. Darum soll der Wahlsieg uns nicht Anlaß sein, auf den Lorbeeren auszuruhen, wohl aber ein Ansporn zu neuer fruchtbarer Tätigkeit im Dienste des Gemeinwesens. Es soll uns Ehrensache sein, das den Wählern vorgetragene Arbeitsprogramm Punkt für Punkt zu verwirklichen, auf daß wir nach weitem vier Jahren wiederum als treue Sachwalter befunden werden.

Aber da höre ich noch einen Einwand: Das entwickelte Programm sieht sich unzweifelhaft recht hübsch an, die Frage ist nur, ob der Gemeinde damit nicht viel zu viel zugemutet wird. Der große Arbeiterführer Lassalle hat einmal geklagt, daß seine Bemühungen, die Armen zum Aufruhr gegen die Armut zu bringen, an der Bedürfnislosigkeit der Armen gescheitert seien. — Man zeige mir einen einzigen Punkt in unserm Pro-

gramm, der nicht als Aufgabe der Gemeinde anzusprechen wäre. Gibt es nicht im Gegenteil noch eine Menge von Forderungen, die wir mit guten Gründen und gutem Gewissen an die Gemeinde stellen dürften? Sollen die Bemühungen der sozialdemokratischen Behörde um die innere und äußere Ausgestaltung unseres Gemeinwesens an der Bedürfnislosigkeit der Bieler Arbeiterschaft scheitern?

In der Anteilnahme am Gemeinwesen, in der Mitwirkung an seiner Ausgestaltung formt sich erst der Gemeinschaftsgedanke, der als treibende Kraft der Gemeinde immer neue Aufgaben zuweist. In der fortschreitenden Kommunalisierung des Lebens aber liegen noch große unerschöpfte Möglichkeiten des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs.

Die Entstehung der deutschen Republik.

Von Adolf Sturmthal.

Unter der anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Umsturztagereichlichen fließenden Memoirenliteratur, oft allzu deutlich Rechtfertigungs- oder Anklageschrift, ist das Buch des Historikers Artur Rosenberg*, früher kommunistischer Reichstagsabgeordneter und jetzt Privatdozent an der Universität Berlin, eine doppelt erfreuliche wissenschaftlich-historische Untersuchung. Getragen von einem unbeirrbareren Willen nach Wahrhaftigkeit handhabt es zugleich vorzüglich die Methode des historischen Materialismus, zerstört Legenden von rechts und links und weist der historischen Persönlichkeit die Rolle der Vollstreckerin der Entwicklung zu.

Die Gründung des Deutschen Reiches.

Rosenberg geht aus von der Begründung des Deutschen Reiches im Deutsch-Französischen Kriege. Bismarck, der die schwierige geopolitische Lage Deutschlands im Herzen des Kontinents erkannte, ist vor allem bestrebt, die *starke preußische Militärgewalt* unversehrt in das deutsche Kaiserreich hinüberzuretten. So werden der preußische König und die preußische Militäraristokratie zu unumschränkten Herrschern Preußens und Preußen zum Regenten Deutschlands. Die Tatsache allein, daß es keine Reichsregierung, sondern bloß einen schwer beweglichen Bundesrat mit dem Reichskanzler an der Spitze gab, der zugleich preußischer Ministerpräsident war, zeigt den *Scheinkonstitutionalismus* des deutschen Kaiserreiches. Ueberdies war die Armee und die Außenpolitik dem Ein-

* Die Entstehung der deutschen Republik 1871—1918, Ernst Rowohlt, Verlag, Berlin 1921.